

# 38. Plenartagung

105. Sitzung

16.12.2015

## **TOP 42** - Rückbau der Atomkraftwerke in SH

[http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top\\_42.html](http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top_42.html)

### **Regierungsbericht**

"Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein"

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3608.pdf>

- Drucksache [18/3608](#)

---

Vorbereiteter Redebeitrag von **Angelika Beer** [PIRATEN]:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima beschloss der Bundestag, mit großer Mehrheit, das „13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“. Dies hatte zur Folge, dass unter anderem die beiden Kernkraftwerk Brunsbüttel und Krümmel im August 2011 die Betriebserlaubnis verloren. Das Kernkraftwerk Brokdorf soll spätestens am 31. Dezember 2021 endgültig abgeschaltet werden.

Die Stilllegung dieser Kraftwerke, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist jedoch nur der erste Schritt. Der Atomausstieg bedeutet nicht nur, dass wir auf die Kernkraft verzichten, er bedeutet auch den Rückbau der Kraftwerke, die Konditionierung und Zwischenlagerung der Abfälle und Reststoffe. Allein das Kernkraftwerk Brunsbüttel hat eine Gesamtmasse von ca. 300.000 Tonnen. Nach Angaben der Betreibergesellschaft müssen wir allein in Brunsbüttel mit 6.000

Tonnen „nicht Wärme entwickelnden“ Abfall rechnen. Hinzukommen rund 6.000 Tonnen, die nach einer Freigabe auf geeignete Deponien gebracht werden können.

Es ist unbestritten, dass wir – nachdem wir Jahrzehnte lang die Kernkraft genutzt haben – jetzt die Konsequenzen tragen und die Abfälle entsorgen müssen.

Wir kennen die politische Diskussion zur Endlagersuche. Wir kennen die Berichte aus dem maroden Atommülldepot Asse. Wir wissen vom dem desaströsen Zustand der Fässer in den unterirdischen Lagerstätten von Brunsbüttel.

Apropos Endlagerung – dieser Begriff zieht sich wie ein roter Faden durch den Bericht des Energiewendeministers. Dabei ist Robert Habeck genauso bewusst wie uns Piraten, dass es keine sichere Endlagerung für Atommüll geben wird.

Deshalb fordern wir die Rückholbarkeit des Atommülls auch für zukünftige Generationen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, beim Rückbau der Atomkraftwerke darf es eine solche verantwortungslose Schlamperei nicht geben und es muss sichergestellt werden, dass die Betreibergesellschaften ausreichend hohe Rückstellungen gebildet haben. Das von der Bundesregierung geplante „Nachhaftungsgesetz“ ist, auch aus Sicht der Piratenfraktion, ein erster Schritt, damit sich die Energiekonzerne durch Um- und Neustrukturierungen nicht aus ihrer Verantwortung stellen können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, finanzielle Rückstellungen und das Nachhaftungsgesetz sind eine Sache. Die andere Sache sind die radioaktiven Abfälle und der Schutt, die beim Rückbau anfallen. Wir sprechen hier von 3.059 Brennelementen vor Ort und in CASTOR-Behältern sowie bis zu 213 Defektstäben. Hinzukommen noch schwach- und mittelradioaktive Abfälle, die ebenfalls in entsprechende Lager gebracht werden müssen.

Doch gibt es keine ausreichenden Lagerkapazitäten, was bedeutet, dass zusätzliche Lagermöglichkeiten – möglichst vor Ort – ausgebaut bzw. geschaffen werden müssen.

Aufgrund der Erfahrungen, die wir mit Brunsbüttel gemacht haben, muss sichergestellt werden, dass die aufbewahrten Abfälle regelmäßig auf Zustand und Lecks geprüft werden und bei entsprechenden Funden geborgen und in neue Container umgefüllt werden.

Schätzungsweise 15.000 Tonnen<sup>i</sup> bedürfen einer Freigabe zur Entsorgung und müssen dann in Deponien verbracht werden. Hier muss die Landesregierung die Kommunikation mit der Bevölkerung suchen und diese umfassend informieren. Auch bedarf es eines transparenten Verfahrens, um geeignete Deponien zu identifizieren und die Bevölkerung – vorab - umfassend zu informieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ausstieg aus der Kernkraft und die Entsorgung der Abfälle ist eine große gesellschaftliche Herausforderung und kann nur funktionieren, wenn Betreiber und Landesregierung die Bevölkerung umfassend und transparent informiert und beteiligt.

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass man den Atomausstieg nur gemeinsam schaffen kann.

Vielen Dank!

---

<sup>i</sup>Wohin mit dem Müll nach Aus für die Atomkraft? (NDR, 30.11.2015):  
<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Wohin-mit-dem-Muell-nach-Aus-fuer-die-Atomkraft-.habeck300.html>

---

---

**Beschluss:**

Ohne Aussprache hat der Landtag einen Bericht der Landesregierung zum Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen. Die Reden wurden zu Protokoll gegeben.